Auszug aus **Streifzüge** bei **Context XXI**

(http://contextxxi.org/strukturkrise-der-marktwirtschaft.html)

erstellt am: 12. Oktober 2026
Datum dieses Beitrags: Juli 2019

Strukturkrise der Marktwirtschaft und gesellschaftliche Emanzipation

n MICHAEL BEYKIRCH

Seit 2008/09 beherrschen Staatsschulden- und Währungskrisen die europäische und internationale Medienlandschaft. Folgen wir den regierenden Parteien, dann handelt es sich bei diesen um vorübergehende Krisen. Es entsteht der Eindruck, die Politik und die nationalen WährungshüterInnen haben alles unter Kontrolle. Doch welche Perspektiven ergeben sich aus der internationalen Schuldenkrise? Was sind ihre tieferliegenden Ursachen und welche Möglichkeiten gibt es, aus dieser herauszukommen? Einen hilfreichen Ansatz zur Beantwortung dieser Fragen liefern wertkritische Krisentheorien (Lohoff 2016; Lohoff & Trenkle 2012; Kurz 2012; 2007; 1995). Diesen zufolge handelt es sich weder um vorübergehende finanzielle Schwierigkeiten einzelner Länder noch um ein Fehlverhalten bestimmter PolitikerInnen, sondern um eine Strukturkrise des globalen warenproduzierenden Systems, kurz: der Marktwirtschaft.

Sektorenübergreifende Verdrängung der Lohnarbeit

Der Ausgangspunkt der Strukturkrise geht bis in die 1970er Jahre zurück. Mit dem Aufkommen der dritten Industriellen Revolution, also der Einführung der Mikroelektronik, der Informations- und Computertechnologien in der Industrieproduktion, hatte die Verdrängung der lebendigen Arbeitskraft in der Herstellung von Waren historisch neue Dimensionen angenommen. *„Die ‚mikroelektronische Revolution' eliminiert nicht nur in dieser oder jener spezifischen Produktionstechnik lebendige Arbeit in der unmittelbaren Produktion, sondern erstmals auf breiter Front und quer durch* alle *Produktionszweige hindurch, selbst die unproduktiven Bereiche* [Handels-, Banken- und Dienstleitungssektor, eigene Anm.] *erfassend. Dieser Prozess*", so schrieb Robert Kurz bereits im Jahr 1986, *„hat gerade erst angefangen und wird erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre richtig greifen. Vermutlich wird er noch bis zum Ende des Jahrhunderts und darüber hinaus dauern."* (Kurz 1986, Hervorhebung im Original) Während auf der einen Seite die Produktivitätspotentiale der gesellschaftlichen Produktion enorm stiegen und immer größere Warenmengen in kürzester Zeit hergestellt werden konnten, waren auf der anderen Seite immer weniger Menschen für die Herstellung der Produkte notwendig.

Was vom Standpunkt der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung wie eine Befreiung vom Joch der Arbeit klingt, ist vom Standpunkt der kapitalistischen Unternehmen jedoch der Entzug der Existenzgrundlage. Denn anders als die meisten Bücher und ÖkonomInnen der konservativen Volkswirtschaftslehre es vorgeben, ist nicht die Herstellung von Gütern für die Bedürfnisbefriedigung der Menschen der übergeordnete Zweck der Produktion, sondern die Geld- und Kapitalvermehrung (Lohoff & Trenkle 2012: 22). Die Geldvermehrung aber wird in Anbetracht der Verdrängung der lebendigen Arbeitskraft durch die mikroelektronische Revolution immer schwieriger. Um zu verstehen, warum das so ist, muss der enge Bezugsrahmen der Volkswirtschaftslehre verlassen werden, demnach Geld ein neutrales und praktisches Mittel zur Steuerung der Güterproduktion und zur Erleichterung des gesellschaftlichen Austausches ist. Gemäß der Werttheorie, die von Marx begründet wurde, ist Geld Ausdruck sozialer Verhältnisse und abstrakter Reichtum (vgl. Lohoff 2018). So tauschen in einer Gesellschaft aus zersplitterten und isolierten PrivatproduzentInnen letztere ihre Produkte auf der Grundlage des Arbeitsaufwandes aus, der für ihre Herstellung notwendig ist und sich im Preis einer Ware widerspiegelt. Mit der zunehmenden Verdrängung der lebendigen Arbeitskraft aus der Produktion durch Maschinen wird jedoch der menschliche Arbeitsaufwand immer geringer und die Quelle des abstrakten Reichtums versiegt.

Praktisch ist das an den historisch

sinkenden Wachstumszahlen und Profiten der kapitalistischen Unternehmen sichtbar. In der frühen Phase des Kapitalismus sowie in der Zeit der fordistischen Fließbandproduktion konnte die schrumpfende Wertmasse noch durch die Erschließung neuer Produktionszweige ausgeglichen werden. Denn die Erschließung neuer Produkte für die Massenproduktion führte zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und damit zu einer Ausweitung der Wertschöpfungsketten. Mit dem Aufkommen und der Verbreitung der *„mikroelektronischen Revolution"* ist diese historische Kompensation aber nicht mehr möglich. Die Erschließung neuer Produktionszweige, also die teils gewaltsame *„Globalisierung"* der Marktwirtschaft und die Integration immer neuer Produkte in die Massenproduktion, führt nicht mehr zu einem *„Wiedereinsaugen vorher und anderswo ‚überflüssig gemachter' Arbeitsbevölkerung"*, da auch die neuen Produktionszweige aufgrund der Mikroelektronik von vornherein wenig arbeitsintensiv sind. Das Verhältnis kippt um: *„von nun an wird unerbittlich mehr Arbeit eliminiert als absorbiert werden kann. Auch alle noch zu erwartenden technologischen Innovationen werden immer nur in die Richtung weiterer Eliminierung lebendiger Arbeit gehen, alle noch zu erwartenden neuen Produktionszweige werden von vornherein mit immer weniger direkter menschlicher Produktionsarbeit ins Leben treten."* (Kurz 1986)

Entfesselung der Finanzmärkte und des Kredits

Die sektorenübergreifende Verdrängung der Lohnarbeit aus den produktiven Arbeitsbereichen äußert sich nicht nur in einem Schrumpfen der Wertmasse. Sie äußert sich auch in einer zunehmenden Einengung des Marktes. Während auf der einen Seite immer mehr Waren in immer kürzerer Zeit hergestellt werden können, sind auf der anderen Seite immer weniger Menschen über die Lohnarbeit in die Warenproduktion integriert, was nichts anderes heißt, als dass auch immer weniger Menschen Zugang zu den Mitteln bekommen, um sich die produzierten Waren zu kaufen. Die Einengung des Marktes konnte bisher nur dadurch abgewendet werden, dass seit dem Ende der 1970er und seit Anfang 1980er Jahre, ausgehend von der Reagan-Administration in den USA und der Thatcher-Administration in Großbritannien, die Finanzmärkte entfesselt und die massenhafte Vergabe von Krediten über Privat- und Zentralbanken in Gang gesetzt wurden (Lohoff 2016: 6ff.; 2014: 6; Lohoff und Trenkle 2012: 66ff., 209ff.; Kurz 2012).

Die Entfesselung der Finanzmärkte war auf der einen Seite begleitet von einem rasanten Anwachsen verschiedener Dienstleistungssektoren. Auf der anderen Seite fanden globale InvestorInnen im Kredit- bzw. Zinsgeschäft lukrative Anlagesphären für ihr vagabundierendes Kapital, wie sie angesichts versiegender Profitquellen in der Realwirtschaft immer weniger zu finden waren. Finanzprodukte – wie Aktien, Staatsanleihen, Derivate, Optionen usw. – überfluteten zunehmend die Märkte, während Regierungen, Unternehmen und VerbraucherInnen das geliehene Geld in die Realwirtschaft investierten (Lohoff & Trenkle 2012: 63f., 205f., 239f.). Die *„Akkumulation von Waren zweiter Ordnung"*, wie Lohoff und Trenkle die Verlagerung der Kapitalakkumulation auf die Ebene von Finanzmärkten und Finanzmarktprodukten bezeichnen, drehte den Spieß um: von da an war nicht mehr das Kreditgeschäft Anhängsel der realwirtschaftlichen Kapitalakkumulation, sondern umgekehrt, die Realwirtschaft wurde zum Anhängsel der *„Akkumulation von Waren zweiter Ordnung"* an den Finanzmärkten.

Die radikale Liberalisierung der Finanzmärkte vermochte nicht nur die strukturellen Schranken der Kapital- bzw. Wertakkumulation – also die sektorenübergreifende Verdrängung der Lohnarbeit durch Informations- und Computertechnologien – zu überwinden. Auch ermöglichte sie einen erneuten Aufschwung des globalen Kapitalismus, da die Aufblähung des internationalen Kreditgeschäfts über Zentral- und Geschäftsbanken die zahlungsfähige Konsumtionskraft der Gesellschaft erweiterte (Lohoff & Trenkle 2012: 224f.). Abgesehen von vereinzelten regionalen und sektoralen Krisenerscheinungen, hat sich so über zwei Jahrzehnte hinweg eine expansive Dynamik entfaltet, die erst nach dem Platzen der *„Dotcom"*-Blase Anfang der Nuller Jahre und dann nach dem Platzen der kreditfinanzierten Immobilienblase im Jahr 2008/09 in den kapitalistischen Kernländern zum Stillstand kam (Lohoff 2016: 27ff.). Im Zuge dieser Krisen drohte der über rund drei Jahrzehnte aufgetürmte Kredit- und Schuldenberg in sich zusammenzufallen. Doch in beiden Situationen schafften es die Zentralbanken durch Öffnung der Kreditschleusen einen Zusammenbruch der internationalen Finanz- und Kreditströme zu verhindern. Zwar konnte auf diese Weise die Zahlungsunfähigkeit von Geschäftsbanken, von Regierungen, Unternehmen und Privatpersonen sowie die damit einhergehende Entwertung von Waren und Produktionskapazitäten abgewendet werden. Allerdings droht mit der Kreditschwemme der Zentralbanken die *„Große Entwertung"* auf das Geldmedium selbst überzugreifen (Lohoff 2018: 104-107; 2016: 55f.; Konicz 2015; Lohoff & Trenkle 2012: 256ff.; Jellen 2012), welche sich über den Umweg von Staatsbankrotten und Währungsinflation bereits ankündigt.

Strukturelle Zwänge der kapitalistischen Warenproduktion

Um die Krise der Geldwirtschaft zu überwinden, müsste nichts weiter als das Geld selbst bzw. die Grundstruktur der kapitalistischen Produktionsweise überwunden werden. Letztere basiert auf einer Trennung der Gesellschaftsmitglieder in atomisierte WarenproduzentInnen und Lohnabhängige, die ihren gesellschaftlichen Zusammenhang über Waren- und Geldbeziehungen regeln. In der Zersplitterung der gesellschaftlichen Produktions- und Austauschbeziehungen und der Vermittlung über Waren und Geld entstehen jedoch Konkurrenzverhältnisse, die mit Interessengegensätzen und strukturellen Zwängen einhergehen. So produzieren Unternehmen nicht in Absprache mit der Gesellschaft, sondern für einen anony-

men Markt und stets in Konkurrenz zu anderen Unternehmen. Die Unsicherheiten des Absatzmarktes beherrschen dabei das Denken und Handeln der ProduzentInnen. Wer nicht vom Markt verdrängt werden will, ist gezwungen finanzielle Rücklagen zu bilden, Lohnkosten einzusparen oder neue Produktionsmethoden einzuführen, um die Herstellungskosten der Waren zu verringern.

Die Vermehrung des Geldes wird zum wichtigsten Hebel, um sich gegen die Konkurrenz durchzusetzen, wobei die Herstellung von Waren nur Mittel zum Zweck der Geldvermehrung ist. Ähnliches gilt für Lohnabhängige, die in ständiger Konkurrenz zu anderen Lohnabhängigen stehen und um eine begrenzte Anzahl an Arbeitsplätzen konkurrieren. Sie müssen ihre Arbeitskraft verkaufen und Geld verdienen, um Zugang zum Warenreichtum zu erhalten. Die Trennung der *„atomisierten Individuen“* (Trenkle 1996: 75) und die *„Konkurrenz zwischen den Unternehmen stellen die Frage nur so: selbst ruiniert werden oder andere ruinieren“* (Lenin 1974: 362). Bereits Karl Marx notierte in seinem Werk *Das Kapital*: *„Die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermittelst progressiver Akkumulation.“ (Marx 1962: 618)*

Neben solchen *„äußeren Zwangsgesetzen“* kommen innere Zwänge für die WarenproduzentInnen, insbesondere für die große Industrie, hinzu: ihr Primat der Profitmaximierung und Kapitalverwertung gerät konstant in einen Widerspruch zu dem immanenten Drang, die neuesten Produktionsmethoden einzuführen. Denn die Einführung der neuen Produktionsmethoden, die mit der Verdrängung lebendiger Arbeitskraft einhergeht, untergräbt die Profitmaximierung und Kapitalverwertung, die auf der Ausbeutung der lebendigen Arbeitskraft und der Verwertung der durch die Arbeitskraft geschaffenen Werte basiert. Mit jeder Maschine, durch welche LohnarbeiterInnen in einem Unternehmen verdrängt werden, sinkt der Umfang des Profits, den das Unternehmen im Verhältnis zu seinen Gesamtausgaben macht. Dieser immanente Widerspruch, den Marx (1983: 251-277) im Zusammenhang des *„tendenziellen Falls der Profitrate“* beschreibt, zwingt die Unternehmen beständig, den Umfang ihrer Produktion auszudehnen, um der Verringerung ihrer Profitproduktion entgegenzuwirken. Dieser Kompensations- bzw. *„Akkumulationstrieb“* (ebd.: 254) aus dem Inneren der Kapitallogik heraus beschleunigt nicht nur den Ressourcenverbrauch, entgegen der Vorstellungen vom *„Grünen Kapitalismus“*. Auch verschärft der Akkumulationstrieb die Konkurrenz zwischen den Unternehmen in diesen oder jenen Produktionssphären mit der Folge regelmäßiger Überproduktionskrisen, also der Überfüllung der Märkte mit Waren und überschüssigen Produktionskapazitäten: *„Da nicht Befriedigung der Bedürfnisse, sondern Produktion von Profit Zweck des Kapitals“*, schreibt Marx im dritten Band des *Kapitals*, und da es diesen Zweck nur durch Methoden der Akkumulation erreicht, in der der wachsende Umfang der Maschinerie einen wachsenden Umfang des Warenausstoßes zur Folge hat, *„so muß beständig ein Zwiespalt eintreten zwischen den beschränkten Dimensionen der Konsumption auf kapitalistischer Basis* [also der beschränkten zahlungsfähigen Nachfrage der fluktuierenden Masse an LohnarbeiterInnen, Anm. des Verf.] *und einer Produktion, die beständig über diese ihre immanente Schranke hinausstrebt.“* (Ebd.: 267)

Grenzen der Staatlichen Planwirtschaft

Eine Wirtschaft jenseits der strukturellen Zwänge der kapitalistischen Warenproduktion und Überproduktionskrisen muss schließlich die Zersplitterung der gesellschaftlichen Produktions- und Austauschverhältnisse über Waren- und Geldbeziehungen und die daraus resultierenden Konkurrenzverhältnisse überwinden. Marx und Engels forderten, die Produktionsmittel der privaten Hand zu entziehen und unter gesellschaftliche Koordination und Verwaltung zu stellen. Marxistisch inspirierte Bewegungen nahmen diese Forderung zum Anlass, um die Wirtschaft ihrer Länder zu verstaatlichen und so der privatwirtschaftlichen Konkurrenz den Boden zu entziehen. Wie die historischen Erfahrungen z.B. in der Sowjetunion oder in Kuba zeigen, konnten auf diese Weise zwar die blinde Konkurrenz des Marktes sowie Überproduktionskrisen überwunden werden, jedoch traten mit der zentralen Planung neue Probleme auf (Trenkle 1996; Kurz 1994; Stahlmann 1991).

Eines dieser Probleme zeigte sich bei dem Versuch, die Arbeitsquanten aller gesellschaftlich hergestellten Produkte und Zwischenprodukte zu berechnen. Die Berechnung des *„Werts“* war jedoch nicht nur wegen der gesamtwirtschaftlichen Komplexität unmöglich, sondern vor allem weil er *„keine real auffindbare Größe“*, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis darstellt (Stahlmann 1991: 46). Die Planwirtschaft war dem Missverständnis unterlegen, *„dass der Wert, weil er in der Produktion entsteht, durch Verausgabung lebendiger Arbeit, auch unmittelbar durch Feststellung des Produktionsaufwands planbar sei. Zur Verwandlung lebendiger in tote Arbeit, also in Wert, bedarf es aber der gesellschaftlichen, sprich: Marktvermittlung, also der Herstellung der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit, die wiederum nur indirekt über den Markt gemessen werden kann.“* (Ebd.: 46)

Der Versuch, die Arbeitsquanten zu berechnen, war Ausdruck eines tieferliegenden Problems: der Beibehaltung der Waren- und Geldwirtschaft. Über das kollektive Eigentum war die Trennung der Menschen zwischen Produktion und Konsum zwar juristisch aufgehoben, nicht aber in der Praxis, insofern die wirtschaftliche Basisstruktur – die Zersplitterung und Atomisierung der gesellschaftlichen Produktions- und Austauschverhältnisse über Waren- und Geldbeziehungen – unangetastet blieb. Damit einhergehend waren auch die Interessengegensätze zwischen ProduzentInnen und Lohnabhängigen nicht aufgehoben. Waren die Lohnabhängigen an guter Produktqualität und niedrigen

Preisen interessiert, so wollten die ProduzentInnen dagegen ihren Arbeitseinsatz minimieren und hohe Einkommen erzielen (Trenkle 1996: 87). Anstatt der blinden Marktgesetze erhob sich nun eine zentrale Planungselite und staatliche Gewalt über die Gesellschaft, die über die Produktion und Verteilung der Produkte bestimmte und die Preise der Waren festlegte. *„Ein abstrakter Zwang wird also durch einen anderen ersetzt. Den Partikularinteressen tritt an Stelle der blinden unerbittlichen Marktgesetze nun die abstrakte Allgemeinheitszumutung durch politische Institutionen gegenüber.“* (Ebd.: 87) Im Zusammenhang dieser hier grob skizzierten Grundprobleme war die staatliche Planwirtschaft weniger mit einer Überproduktion als mit einer Unterproduktion konfrontiert, die sich über planwirtschaftliche Unflexibilität, Mangelwirtschaft und Desinteresse der Individuen an wirtschaftlicher Effizienz und Gestaltung äußerte.

Dezentrale Planung und Selbstorganisation in der Solidarischen Landwirtschaft

Die staatliche Plan- und Kommandowirtschaft des *„Realsozialismus“* ist *„glücklicherweise auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet“*, erklären Lohoff und Trenkle in *Die Große Entwertung* (Lohoff & Trenkle 2012: 292). Ob sie wirklich der Vergangenheit angehört, darf angesichts des fortschreitenden Zerfallsprozesses des globalen warenproduzierenden Systems allerdings angezweifelt werden. Denn sie stellt immer noch eine Alternative dar, um Krisen wie die gegenwärtige strukturelle Überproduktionskrise unter Beibehaltung staatlicher Autorität zu überwinden.

Eine andere Alternative, die auf Autonomie und Selbstbestimmung der Gesellschaftsmitglieder setzt und die Probleme staatlicher Planwirtschaft überwindet, bilden dagegen dezentrale, bedürfnisorientierte und kooperative Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation. Solche Formen existieren beispielsweise in Projekten der Solidarischen Landwirtschaft. In diesen ist die Zersplitterung und Atomisierung der gesellschaftlichen Produktions- und Austauschverhältnisse über Kooperationsverhältnisse zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen praktisch aufgehoben – unabhängig von den verschiedenen Rechtsformen der Projekte. Als Kollektive mit bis zu mehreren Hundert Mitgliedern unterhalten sie gemeinsam die Produktion und regeln über direkte Absprachen, wo, was, wie und wieviel Nahrungsmittel produziert werden sollen. So entstehen lokale, transparente und basisdemokratische Produktions- und Verteilungskreisläufe als dezentrale Planwirtschaften, in denen sowohl die strukturellen Zwänge und Interessengegensätze des Marktes als auch die Herrschaft der abstrakten Allgemeinheit über die Interessen der Einzelnen aufgehoben sind.

Solidarische Landwirtschaften agieren jedoch nicht vollkommen unabhängig von den Zwängen des Marktes. So sind die Projekte hochgradig abhängig von finanziellen Beiträgen der Mitglieder. Mit diesen beziehen sie Maschinen, Treibstoff, Material und Rohstoffe auf dem anonymen Markt und unterhalten ihre fest angestellten Arbeitskräfte. Diese Abhängigkeit vom Geld äußert sich in tendenziell hohen Mitgliedsbeiträgen, die für viele Menschen eine Hürde darstellen und die Solidarischen Landwirtschaften zu einem Nischendasein verurteilen.

Auf der anderen Seite jedoch ermöglicht die (finanzielle) Absicherung durch das Kollektiv Planungssicherheit für die Produktion. Der Kollektivbetrieb kann für ein Jahr die Produktion dezentral planen und Anbaumethoden anwenden, die unter marktwirtschaftlichen Konkurrenzverhältnissen nicht möglich wären. Er kann auf den Einsatz von Pestiziden und Monokulturen verzichten, Bedarfsgehälter einführen und die Produktion den Bedürfnissen von Menschen und Natur anpassen.

Geld spielt in Solidarischen Landwirtschaften also weiterhin eine Rolle. Allerdings ist das Geld unter den veränderten Rahmenbedingungen nicht mehr der eigentliche Zweck der Produktion, sondern ein Mittel zum Zweck des Aufbaus, der Erhaltung und der Weiterentwicklung der Bedarfsproduktion des Kollektivs. An diesem Punkt stellt sich die Frage, wie diese Abhängigkeiten vom Geld bzw. von den Zwängen des Marktes verringert werden können. Eine Möglichkeit innerhalb der Solidarischen Landwirtschaften wäre, engere Kooperationsbeziehungen zwischen den bestehenden Projekten anzustreben und auf gemeinsame, vorgelagerte Maschinen- und Saatgutproduktionsstätten zurückzugreifen. Diese könnten die Solidarischen Landwirtschaften nach Bedarf mit Maschinen und Saatgut beliefern und ihre Abhängigkeiten von Märkten und Geld reduzieren. Nicht mehr das Geld oder das Kriterium der Finanzierbarkeit würde die gesellschaftlichen Produktions- und Austauschbeziehungen regieren, sondern die Absprachen zwischen den Menschen auf der Grundlage der Kooperation sowie des uneingeschränkten Zugangs zu den Produktionsmitteln und Produkten. Das würde nicht nur für Solidarische Landwirtschaften gelten, sondern auch für andere Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion und Verteilung. Das Zusammenspiel zwischen solchen lokalen und überregionalen Kooperationsbeziehungen in einer dezentral, ohne Waren- und Geldbeziehungen organisierten Gesellschaft könnten wir uns dann *„als ein gestaffeltes System aufeinanderbezogener lokaler, regionaler und überregionaler Kreisläufe vorstellen, bildlich gesprochen vielleicht wie eine stufenförmig aufgebaute Pyramide, bei der die Dichte der stofflichen Verflechtungen mit zunehmender Höhe abnimmt“* (Trenkle 1996: 79).

Zugang zu Ressourcen, Produktionsstätten und Produkten

Die Projekte der Solidarischen Landwirtschaft und andere Beispiele – wie die dezentrale Energieversorgung mit erneuerbaren Energien – zeigen, dass die Möglichkeiten theoretisch vorhanden sind, *„um eine dezentrale, aber global vernetze und technisch effiziente Produktionsweise aufzubauen“* (Trenkle 2015). Eine Pro-

duktionsweise, die auf der Grundlage der Kooperation organisiert und mit dem Ziel vereinbar ist, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und die natürlichen Grundlagen zu schützen.

Praktisch stößt diese Perspektive jedoch auf unterschiedliche Hürden. Da ist zum einen die Frage der Organisation. Eine solche gesellschaftliche Produktionsweise, die nicht über Geld- und Waren-, sondern über Kooperationsbeziehungen organisiert ist, setzt komplexe Organisationsstrukturen voraus, die schrittweise aufgebaut, erprobt, eingespielt und vor Maßnahmen der Repression geschützt werden müssen.

Zum anderen besteht das Problem des *uneingeschränkten* Zugangs zu den gesellschaftlich bereits vorhandenen Ressourcen, Produktionsmitteln und Produkten. Die wachsenden Strukturen der gesellschaftlichen Selbstorganisation – darunter auch die Solidarischen Landwirtschaften – benötigen einen solchen Zugang, wenn sie sich langfristig von ihrem Nischendasein sowie von ihrer Abhängigkeit vom Geld und den strukturellen Zwängen der kapitalistischen Warenproduktion emanzipieren wollen (Lohoff 1996; Trenkle 2015). Der Zugang zu diesen Ressourcen wird umso notwendiger, je weiter der Zerfallsprozess des warenproduzierenden Systems voranschreitet und die Menschen vom Warenreichtum und der Sicherung ihrer Grundbedürfnisse abschneidet.

In diesem Punkt unterscheidet sich der selbstorganisierte Sektor von morgen von dem selbstorganisierten Sektor aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Letzterer konnte keinen Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen, Produktionsmitteln und Produkten gewinnen und kam daher über einen oberflächlichen Grad der Selbstorganisation nicht hinaus. Viele dieser Organisationen wurden vom System der Geld- und Warenbeziehungen vereinnahmt oder haben die Form sozialer Armutsverwaltung im Zuge wachsender Privatisierungen angenommen (Lohoff 1996). Die Vereinnahmungen konnten nach Lohoff u.a. deshalb stattfinden, weil der globale Kapitalismus trotz seiner sich anbahnenden Strukturkrise Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre über die massive Ausdehnung der Kredit- und Schuldensphäre eine erneute internationale Expansionsdynamik entfalten konnte. Diese schuldenfinanzierte Expansionsdynamik stößt nun aber mit zunehmender Geschwindigkeit an ihre Grenzen.

Der Prozess der Einengung des Marktes bahnt sich unaufhaltsam seinen Weg und wird zwangsläufig gesellschaftliche Konfliktfelder erzeugen, die wiederum spontane Formen der Selbstorganisationen annehmen können. Diese neuen Formen der Selbstorganisation befinden sich dann aber in einem *„gründlich veränderten Kontext“* (ebd.: 102), da eine fehlende Expansionsdynamik ihre erneute Vereinnahmung verhindert. In diesem veränderten Kontext rückt der politische Kampf um die gesellschaftlichen Ressourcen in den Mittelpunkt. Denn wenn die neuen Formen der Selbstorganisation nicht zu einer massenhaften Form der Armutsverwaltung mutieren wollen, dann müssen sie *„so viele stoffliche Ressourcen (Gebäude, Produktionsmittel etc.) und Finanzen wie nur irgend möglich“* erkämpfen und die Rahmenbedingungen verbessern, damit der selbstorganisierte Sektor gestärkt und weiterentwickelt werden kann (Trenkle 2015). Das bedeutet, dass die gesellschaftlichen Emanzipationsbewegungen den uneingeschränkten Zugang zu diesen Mitteln von der Politik und dem Staat einfordern müssen, der die Kontrolle über diese verfügt. Auf der anderen Seite könnte eine linke Politik und Partei eine solche Bewegung der gesellschaftlichen Selbstorganisation auf lokaler und globaler Ebene mit allen Kräften fördern.

Die strategische Zielsetzung linker, emanzipatorischer Arbeit würde sich damit grundlegend ändern: War in der traditionellen Linken, insbesondere im Leninismus, noch *„jede Form der Selbstorganisation dem Ziel der Eroberung der Staatsmacht untergeordnet und musste danach verschwinden oder auch gewaltsam zum Verschwinden gebracht werden“*, so muss heute umgekehrt *„der Auf- und Ausbau des selbstorganisierten Sektors als Basis für die Aufhebung der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise im Mittelpunkt des politischen Handelns stehen. […] Für Lenin und den traditionellen Marxismus war das Absterben des Staates ferne Zukunftsmusik. Hingegen hat gesellschaftliche Emanzipation heute von vornherein die sukzessive Rücknahme des Staates in die Gesellschaft zum Inhalt.“* (Ebd.)

Die Landwirtschaft war das erste große Opfer in der Aufstiegsphase der kapitalistischen Produktionsweise. In der *„Ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“* (Marx 1962: 741ff.) wurden große Teile der Landbevölkerungen gewaltsam von Grund und Boden getrennt und zur Lohnsklaverei verurteilt, während die privatisierte Landwirtschaft fortan den wachsenden Bedarf an Rohstoffen in den industriellen Zentren belieferte. In den Projekten der Solidarischen Landwirtschaft dagegen entstehen heute erste Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation, die (in der Praxis) auf dem kollektiven Zugang zu Land und dessen Produkten basieren und erste Ansätze einer nicht-monetären und selbstbestimmten Produktion und Verteilung aufzeigen. Eben darin liegt auch das größte Potential dieser Projekte. Sie zeigen Perspektiven auf, die über die kapitalistische Produktionsweise und ihre Kategorien Ware, Geld und Wert hinausweisen. In dieser Hinsicht nehmen die Landwirtschaftsprojekte eine Vorreiterrolle ein.

Wie sich diese Projekte jedoch weiterentwickeln, hängt von noch ungeklärten Fragen ab: Werden die Menschen innerhalb der Projekte das Potential der Solidarischen Landwirtschaften als Alternative zu kapitalistischer Warenproduktion erkennen? Werden sie sich gemeinsam sowie mit anderen selbstorganisierten Gruppen für einen uneingeschränkten Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen, Produktionsmitteln und Produkten einsetzen? Mit welchen aktuellen Problemen, Widersprüchen und Grenzen sind die Projekte in der praktischen Umsetzung der Kooperationsbeziehungen konfrontiert und wie werden sie mit diesen umgehen? Und schließlich, kann die Solidarische Landwirtschaft Perspektiven eröffnen, auch andere Lebensbereiche wie zum Beispiel die Textil- und Kleidungsher-

stellung, die Wohnungswirtschaft, die Pflegearbeit, die Energieversorgung usw. in ein dezentrales, gestaffeltes System aufeinander bezogener lokaler, regionaler und überregionaler Produktions- und Verteilungskreisläufe zu übertragen? Könnten solche Kreisläufe über den uneingeschränkten, kooperativen Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen, Produktionsstätten und Produkten den Zwängen des Geldes und der Finanzierbarkeit entzogen und den Gesellschaftsmitgliedern zur Sicherung ihrer Grundbedürfnisse zu Verfügung gestellt werden?

Literatur

- Jellen, Reinhard (2012): Alle Zentralbanken sind dabei, sich in Bad Banks zu verwandeln, www.krisis.org.
- Konicz, Thomas (2015): Auf eine Neues. Wann platzt die Liquiditätsblase, in der das Weltfinanzsystem verfangen ist?, in: Konkret, 6/2015.
- Kurz, Robert (2012): Geld ohne Wert, Berlin: Horlemann.
- ders. (2007): Weltmacht und Weltgeld, in: Widerspruch, Bd. 27, H. 53.
- ders. (1995): Die Himmelfahrt des Geldes, in: Krisis, Nr. 16/17.
- ders. (1990): Der Kollaps der Modernisierung, Leipzig: Reclam.
- ders. (1986): Die Krise des Tauschwertes, in: Marxistische Kritik, Nr. 1.
- Lenin, Wladimir Illich (1974): Imperialismus und Sozialismus in Italien, in: Lenin Werke, Bd. 21, Berlin: Dietz.
- Lohoff, Ernst (2018): Die allgemeine Ware und ihre Mysterien, in: Postmonetär denken, Wiesbaden: Springer VS.
- ders. (2016): Die letzten Tage des Weltkapitals, in: Krisis, 5/2016.
- ders. (2014): Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation, in: Krisis, 1/2014.
- ders. (1996): Krise und Befreiung – Befreiung in der Krise, in: Krisis, Nr. 18, S. 93-132.
- ders. (1995): Die harte Landung des Dollar, in: Krisis, Nr. 16/17, S.77-126.
- Lohoff, Ernst / Norbert Trenkle (2012): Die große Entwertung, Münster: UNRAST.
- Marx, Karl (1962): Das Kapital, in: MEW, Bd. 23, Berlin: Dietz.
- ders. (1983): Das Kapital, in: MEW, Bd. 25, Berlin: Dietz.
- Stahlmann, Johanna W. (1990): Die Quadratur des Kreises, in: Krisis, Nr. 8.
- Trenkle, Norbert (2015): Die Abwicklung des Kapitalismus, in: Widerspruch, 61/2015.
- ders. (1996): Weltgesellschaft ohne Geld, in: Krisis, Nr. 18.

Lizenz dieses Beitrags
CC by-sa
Creative Commons - Namensnennung, Weitergabe unter gleichen Bedingungen